

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



afdbayernbundestag.de

AfD

A large red curved arrow pointing upwards and to the right, which is the logo of the AfD party, positioned below the text "AfD".

Steuereinnahmen brechen ein – Bundesregierung erhält Quittung ihrer Politik

Die Steuereinnahmen des Bundes haben sich zuletzt rückläufig entwickelt. Laut Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums lagen sie im März um 5,6 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats. Auch im gesamten ersten Quartal waren die Steuereinnahmen weit geringer als von der Steuerschätzung prognostiziert.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Deindustrialisierungspolitik der Ampelkoalition auch bei den Steuereinnahmen ankommt. Bislang war der Fiskus vom Niedergang der deutschen Wirtschaft weitgehend verschont geblieben, doch durch den Rückgang der Teuerung wird der Staat nun auch selbst mit den Folgen seiner Politik konfrontiert. Dies ist durchaus gesund, denn sonst würden Grüne und Linke vielleicht nie merken, dass sie das Land zugrunde richten und dass sie über ihre Verhältnisse leben. Die Unternehmer, Mittelständler und Arbeiter leiden seit Jahren unter der wirtschaftsfeindlichen Klima- und Migrationspolitik und unter den hohen Steuern und Energiepreisen. Politik operiert nicht im luftleeren Raum; irgendwann folgt immer die Quittung.

wird gar nicht reichen. Es bedarf zusätzlich eines Kurswechsels in der Wirtschafts-, Energie- und Sanktionspolitik, wenn man für dieses Land wieder günstige Rahmenbedingungen schaffen möchte. Dazu zählen explizit nicht weitere planwirtschaftliche Subventionstöpfe oder Rüstungsprojekte für einen Krieg in der Ukraine, der nicht nur nicht unser Krieg, sondern nicht einmal der unserer Bündnispartner ist. Ob die Ampelkoalition zu Ausgabenkürzung fähig ist, darf bezweifelt werden. Man muss befürchten, dass die Ampel, anstatt ihre Fehler zu korrigieren, versuchen wird, die Schuldenbremse weiter auszuhebeln. Diese Debatte wird angesichts der Steuerentwicklung in den nächsten Monaten absehbar leider an Fahrt aufnehmen.

Die Regierung muss sparen. Das ist keine neue Erkenntnis. Doch sparen allein

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer_mdb

 pboehringer

Unterstützung der Landwirte durch das Bundesministerium ist reinste Enttäuschung

Im Mai haben die EU-Mitgliedsstaaten den Vorschlag der EU-Kommission zur Lockerung der Umweltauflagen der Gemeinsamen Agrarpolitik endgültig verabschiedet, um die Landwirtschaft dadurch zu entlasten. Die Bundesregierung hatte sich enthalten und es ist noch offen, welche Vereinfachungen national umgesetzt werden sollen. Die Entscheidung des EU-Rats zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist ein längst überfälliger Schritt, um die heimischen Bauernfamilien von den zahlreichen Brüsseler Überregulierungen zu befreien. Die Enthaltung der Bundesregierung in dieser wichtigen Frage ist eine Enttäuschung, sendet die falschen Signale und scheint rein ideologisch begründet zu sein.

Schon lange vor dem Start des Programms haben wir das Bundesministerium davor gewarnt, dass die Zugangsvoraussetzungen viel zu hoch und für die meisten Schweinehalter daher unerreichbar sind. Profitieren können hier lediglich ein paar wenige Betriebe.

Entweder haben wir es hier also mit einem eklatanten Fall von grüner Schaufrüher- oder aber mit Klientelpolitik zu tun. Für die vielen existenzbedrohten deutschen Schweinehalter jedenfalls ist dieses Bundesprogramm ein Schlag ins Gesicht.

Eine weitere, nicht überraschende, Enttäuschung ist das seit dem 1. März laufende Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung. Mit diesem Programm will die Bundesregierung Landwirte unterstützen, die sich auf den Weg zu einer tier- und umweltgerechten Haltung machen. Die Förderung kann erhalten, wer bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Seit Beginn des Förderprogramms sind erst 75 Anträge eingegangen. Das entspricht einem Anteil von nur etwa 0,5 Prozent aller Schweinebetriebe in Deutschland.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Heizgesetz: Der Bürger als Habecks Versuchskaninchen – was für eine Respektlosigkeit!

War das Heizverbotsgesetz, also die Verschärfung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) ein „Versuchsballon“ des grünen Radikalen Robert Habeck? Der Wirtschaftsminister hat jedenfalls während eines Bürgerdialogs bei den Feierlichkeiten zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes eingeräumt, dass er bei diesem Gesetz „zu weit gegangen“ sei. Die Debatte und die plötzliche staatliche Hoheit der Regierung über die deutschen Heizungskeller sei „ehrlicherweise“ ein Test gewesen, wie weit die Gesellschaft bereit ist, die grüne Klimaschutzpolitik mitzutragen.

Widerstand gegen seine Pläne gab es sofort, so der Minister weiter. Proteste erregten vor allem die immensen Kosten für Mieter und Vermieter durch den gesetzlich erzwungenen Heizungstausch. Diese dürften sich bis 2045 auf bis zu 4000 Milliarden Euro belaufen, also 4 Billionen Euro oder fast 50.000 Euro pro Bürger vom Säugling bis zum Greis. Die AfD stellte sich auch im Bundestag an die Spitze der Protestwelle.

Nun gibt Habeck also zu, dass er die Bürger mit seinem Heizverbotsgesetz zu Versuchskaninchen gemacht hat. Einerlei, ob das von Anfang an sein Vor-satz war oder er es erst jetzt so hinstellt: das ist eine unglaubliche Respektlosigkeit gegenüber den Bürgern und Wählern!

Diese Vorgehensweise ist offensichtlich typisch für Politiker, die gezielt gegen das Volk regieren. So wird auch der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zitiert, der den übergriffigen Brüsseler Superstaat immer weiter vorangetrieben hat: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Der Spiegel, 27. Dezember 1999).

Umso bedeutsamer ist, dass es mit der AfD eine Opposition gibt, die die tatsächlichen Bedürfnisse und Sorgen der Menschen ernstnimmt und Politik für die Bürger einfordert – auch in der täglichen Arbeit im Bundestag. Die Heizverbote sind übrigens noch lange nicht vom Tisch, sondern nur verschoben auf eine Zeit, zu der Städte und Gemeinden „Wärmepläne“ erstellt haben. Auch in dieser Sache bleibt die AfD-Bundestagsfraktion wachsam!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

Zivilisation oder Barbarei

Eine der zahllosen perfiden Lügen, welche die grün-roten Kommunisten immer und immer wieder über die AfD verbreiten ist, dass sich in der AfD der deutsche Antisemitismus manifestieren würde. Das ist zwar gelogen, impliziert aber zumindest, dass auch ein nicht-deutscher Antisemitismus existiert. Die breite Unterstützung für die Mörder und Terroristen des 7. Oktober hat diesen bislang geleugneten Faktum mehr als deutlich offengelegt. Die Binsenweisheit, dass Islamisten auch in Europa Islamisten bleiben, muss hier nicht vertieft werden. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, dass die sogenannte postkoloniale Konterrevolution die selbsternannte Kulturelite des Westens und unserer Nation infiziert hat. Beobachtet man die Gruppierungen, die auf der Straße zusammen mit der aggressiven antijüdischen Klientel aus dem Nahen Osten marschieren finden sich darunter die Wurmfortsätze unserer Kultureliten (Nur echt mit dem NoAfD Aufnäher). Diese Menschen hassen nicht nur Deutschland, Sie hassen unsere gesamte Zivilisation. Und scheuen sich nicht, dies laut vernehmlich auf unseren Straßen zu skandieren. Wo die Präsidentin der Harvard Universität mit Ihrem „Es kommt auf den Kontext an“ noch versucht, Ihren Judenhass zu verbergen ist Deutschland mit der Präsidentin der Technischen Universität Berlin, Geraldine Rauch, schon einen Schritt weiter. Munter bekundet Sie im Internet Ihre Zustimmung zu Antisemitismus und Islamismus. Geraldine Rauch steht stellvertretend für die Kulturschaffenden dieses Landes die sich vor lauter Selbsthass und Verachtung für ihr Vaterland, mithin ihr Arbeitgeber, gemein machen mit dem Lumpenproletariat des Orients. Diese Kulturschaffenden, die ihren Marsch durch die Institutionen nun final vollendet haben, stehen Seite an Seite mit den Schlächtern des Mullah Regimes in Teheran, den Mördern der Hamas und einer Kultur, die Ihre eigene Existenz umgehend beenden würde, hätte Sie die Möglichkeit dazu. Auch das Lieblingskind des deutschen Feuilletons, die Antisemitin Greta Thunberg wird weiter gehätschelt, „Klimagerechtigkeit für Palästina“ ist nicht mehr als eine Chiffre für den Hass der linken auf alles Erfolgreiche, gute und schöne auf dieser Welt. Währenddessen wird, analog zur AfD, Premier Netanyahu und seine Regierung als rechtsradikal bzw. ultranationalistisch tituliert. Antisemitismus in Deutschland ist also entweder importiert, oder kommt von links. Im Kampf für die Barbarei und gegen unsere Zivilisation steht Deutschlands linke und ihre Importierten Zöglinge fest zusammen. Das Pali Tuch ist eben auch nur eine modische Interpretation des Hakenkreuzes.

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

IS-Kämpfern konsequent die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen!

Wer als Deutscher mit doppelter Staatsbürgerschaft in ausländischen paramilitärischen Gruppen kämpft, hat rechtlich mit erheblichen Folgen zu rechnen. Das geht nach § 28 Staatsangehörigen Gesetz (StAG) bis hin zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft! In Deutschland sind sogar das Anwerben und der Versuch der Anwerbung zum Wehrdienst in einer fremden, militärischen oder militärähnlichen Einrichtung strafbar.

Als Obmann der AfD-Fraktion im Ausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle habe ich mich in Vorbereitung einer geheimen Sitzung, an der u.a. auch Vertreter des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Generalbundesanwalts teilgenommen haben, mit Fragen rund um die Ausreise Deutscher in ausländische Kriegsgebiete und die innere Sicherheit nach Rückkehr vom Kampfeinsatz befasst.

Während bei einer rechtmäßigen und offiziellen Eingliederung in die Streitkräfte des jeweiligen Landes keine Strafverfolgung des Einzelnen vorgesehen ist, es sei denn es sind Kriegsverbrechen nachweisbar, kann der für Paramilitärs Kämpfende wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat und der Zugehörigkeit einer terroristischen Vereinigung straf-

rechtlich belangt werden. Außerdem ergeben sich bei der Rückkehr kampferprobter und teilweise ideologisch aufgeladener Kämpfer aus Krisengebieten ins zivile Leben in Deutschland gravierende Sicherheitsrisiken durch enthemmte Gewalterfahrung und der Möglichkeit von Kriegstraumata mit unabsehbaren Folgen.

Wie aus öffentlich zugänglichen Quellen zu entnehmen ist, sind mehrere Hundert Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Teilnahme Deutscher an kriegerischen Auseinandersetzungen des Islamischen Staats in Syrien, der Taliban in Afghanistan und wohl auch der PKK im türkisch-syrischen Grenzgebiet eingeleitet worden.

Als Bundestagsabgeordneter, dem die Sicherheit der Bürger in unserem Land am Herzen liegt, stelle ich die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage zur Rede und möchte wissen, wie viele Verfahren hier bisher eingeleitet wurden und wie viele Urteile es bereits gab.

Besonders wichtig ist dabei für mich auch, wie oft von der Möglichkeit des §28 StAG Gebrauch gemacht wurde und den freiwillig an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligten Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wurde und wie die strafbare Anwerbung in Deutschland verfolgt wird.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Strafverfolgung je nach Niveau der öffentlichen Empörung

Die öffentliche Hexenjagd auf junge Menschen, die auf Sylt einen Fehler gemacht haben mögen, erreicht scheinheiliges und geradezu bösartiges Niveau. Jenseits unserer Rechtsordnung werden Arbeitsverhältnisse und Studienplätze versucht zu kündigen und Sippenhaft für Verwandte wird ausgerufen. Die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas fordert „die Höchststrafe“ bar jeder verfassungsgemäßen Verhältnismäßigkeit (also 3-5 Jahre ohne Bewährung). Gleichzeitig werden Kalifatsdemos nur zögerlich kritisiert. Linke Antisemitemobs an Hochschulen werden mit Samthandschuhen angefasst.

Der öffentliche Diskurs in Deutschland ist natürlich geprägt von „immer feste drauf“, sobald man das Etikett „rechts“ daran anbringen kann sowie von Schönreden und Beschwichtigen, wenn es um linke oder islamistische Ausfälle geht. In diesen Fällen hört man nichts von (Vor)Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden. Beweisbare Delikte müssen verfolgt werden. Jedoch rechtfertigt dies nur bei Trägern öffentlicher Ämter eine Begleitung durch die Presse. Dass betrunkene (fast)Jugendliche auf Sylt mit Steckbrief durch die Zeitungen gehen, ist ein neuer Tiefpunkt in Deutschland. Sicherlich hätten sich übrigens bei den Kalifats- und Hamasdemos der letzten Zeit auch ein paar Vertreter der Spezies „Malte-Tor-

ben“ oder „Mia-Johanna“ aus gutem Elternhaus gefunden, die dann strafbares oder unschönes gerufen hätten.

Festzuhalten ist, dass man seinem Arbeitgeber kein makellostes Verhalten in der Freizeit schuldet. Noch weniger der Uni, bei welcher man eingeschrieben ist. Etwas anderes ist jedoch gegeben, wenn z.B. die Präsidentin der TU Berlin übelste antisemitische Posts mit einem Like markiert und dann so tut, als wäre das ihr Privatvergnügen. Geraldine Rauch ist zudem bekannt für eine extrem linke Amtsführung inklusive Einführung eines Spitzelwesens. Die AfD-Fraktion im Bundestag unterstützt zwar kein Sonderstrafrecht für Amts- oder Mandatsträger, aber bei so etwas muss dann wirklich einmal der öffentliche Diskurs den Finger in die Wunde legen. Passiert leider wieder nur auf Sparflamme. Kommt ja nicht „von rechts“.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Den Landwirten eine Stimme geben

Gemeinsam mit unserer Parteivorsitzenden Alice Weidel und meinem Kollegen aus dem Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft Frank Rinck kamen wir jüngst mit Landwirten der Bodensee-Region zu einem fachlichen Austausch in Ittendorf zusammen. Es war ein langer Abend mit lebhaften Gesprächen, vielen Fragen und geschilderten Problemen betroffener Bauern. Neben dem Agrardiesel ging es auch um den Mindestlohn für ausländische Saisonarbeitskräfte, ausufernde Bürokratie, Wettbewerbsverzerrungen und unsinnige Umweltstandards. In Ittendorf lag der Schwerpunkt beim Obstbau – hier sind etwa 1.200 Betriebe betroffen. Doch auch um die Viehzucht ist es in Deutschland nicht gut bestellt: So haben beispielsweise 14% unserer heimischen Schweinebetriebe in den vergangenen zwei Jahren dichtgemacht – mit der Folge, dass wir jetzt Schweinefleisch aus Spanien importieren müssen. Tausende Milchviehbetriebe haben ebenfalls inzwischen aufgegeben. In Ittendorf zeigte sich, dass die Problematik viel komplexer und vielschichtiger ist, als dass man sie in so kurzer Zeit erörtern kann. Und natürlich ist das Thema auch viel zu wichtig, um es bei ein paar kurzen Abendveranstaltungen zu belassen. Wir erhielten neben interessierten Fragen sehr viele positive Rückmeldungen und Einladungen in landwirtschaftliche Produktionsbetrie-

be, die es noch abzarbeiten gilt. Unsere Bauern wollen und müssen gehört werden. Und es braucht außerdem Experten mit echten Lösungsansätzen. Die AfD wird beides zusammenbringen: Zurück in Berlin werteten wir die Veranstaltung im Arbeitskreis aus und trafen gemeinsam die Entscheidung, ein großes Landwirtschaftssymposium im Bundestag zu veranstalten. Ja, wir holen die Landwirtschaft nach Berlin in den Bundestag, wo zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden, die uns alle angehen! Es ist an der Zeit, die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit Deutschlands endlich ernst zu nehmen. Hier erfordert es nämlich nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern Taten. Das sieht unsere Vorsitzende Alice Weidel genauso, darum werden wir mit ihr zusammen den Bauern eine Stimme geben; aber auch Experten aus den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft zu Wort kommen lassen. Das Symposium wird unseren Gästen einen aktiven Austausch, spannende Referate, Exkurse und Podiumsdiskussionen zu vielfältigen Themen bieten. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren und wir freuen uns auf ein abwechslungsreiches Programm und fachlich fundierte Vorträge. Seien Sie also gespannt und freuen Sie sich mit uns auf den 8. und 9. November 2024 in Berlin!

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

- Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/@peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/@PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de

Wird unser Sozialstaat zum Kalifat?

Unser Sozialsystem gerät gerade in eine gefährliche Schiefelage. Islamisten fordern offen ein Kalifat in Deutschland, während die Ampelregierung die Einwanderung aus muslimischen Ländern weiter forciert und auf Arabisch mit schneller Einbürgerung bei Beibehalt der arabischen Staatsangehörigkeit wirbt. Von den 200.000 Einbürgerungen im letzten Jahr kamen über 55% aus muslimischen Ländern. Dies kann über kurz oder lang bedrohliche Ausmaße für Demokratie und Sozialstaat annehmen.

Die neuesten Zahlen zur Integration von Asylbewerbern und Migrant*innen belegen das: Auf 100 Beschäftigte aus den acht Hauptherkunftsländern der Asylbewerber kommen 173 Bürgergeldempfänger. Besonders dramatisch ist die Lage bei syrischen Migrant*innen: Hier stehen 100 Beschäftigten 248 Transferleistungsempfänger gegenüber. In drei Bundesländern haben bereits über 70 Prozent der Bürgergeld-Bezieher einen Migrationshintergrund.

DIW-Präsident Marcel Fratzscher hatte zwar prophezeit, dass Flüchtlinge die Renten der Babyboomer bezahlen würden. Dies ist jedoch von der Realität seit längerem widerlegt: so betrug die Durchschnittsrente für Ausländer von außerhalb der EU- Länder in 2021 gera-

de einmal 514 €, und war damit etwa halb so hoch wie die Rente von Deutschen. Diese niedrigen Renten werden aus der Sozialhilfe auf Grundsicherungsniveau aufgefüllt.

Der Grund für die schlechten Renten von Zuwanderern, die auch andere Teile unseres Sozialsystems bedrohen, ist ihre niedrige durchschnittliche Qualifikation. Dies trifft in besonderem Ausmaß auf Einwanderer aus muslimischen Ländern zu.

Wir möchten Sie über diese Entwicklungen informieren und mögliche Auswege diskutieren, und laden Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung "Wird unser Sozialstaat zum Kalifat?". Sie findet am 11.06.2024 um 18:00 Uhr im Deutschen Bundestag statt. Die Abgeordneten Dr. Götz Frömming und Martin Hess sowie die Gastredner Feroz Khan und Irfan Peci diskutieren mit mir gemeinsam über Einwanderungspolitik, Islamismus und den Sozialstaat. Anmeldung bis zum 06.06.2024 unter: <https://afdbundestag.de/veranstaltung/>. Zusätzlich wird die Veranstaltung im Livestream der AfD-Bundestagsfraktion übertragen und steht anschließend als Aufzeichnung zur Verfügung.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Europawahl: „Krieg der Lügen“ gegen die AfD

Die für Mensch und Wirtschaft schmerzhaften Folgen der zerstörerischen Corona-Politik der Merkel-Regierung und das fortgesetzte Politikversagen der Ampelregierung haben immer mehr Bürger aufgeweckt. Die Umfragergebnisse der AfD kletterten über Monate hinweg in bislang einmalige Höhen – deutschlandweit schon deutlich über 20 und im Osten weit über 30 Prozent.

Waffengattung „Verfassungsschutz“

Natürlich arbeiteten die Strategen des Machterhalts im Verborgenen an neuen Angriffsplänen gegen die einzige wirkliche Oppositionspartei. Das Schwert des als „Regierungsschutz“ missbrauchten „Verfassungsschutz“ war stumpf geworden. Trotz des Stempels „gesichert rechtsextrem“ wurde die AfD von Neumitgliedern überrannt.

Waffengattung „Faktenchecker“

Correctiv wirkt laut dem amerikanischen PR-Fachmann Dr. Shellenberger als Tarnorganisation mit dem Zweck, unliebsame Parteien auszubremsen und dadurch Wahlen zu beeinflussen. Die gerichtsfest bestätigte „Deportations-Lüge“ brachte mithilfe von 1.300 am Erhalt des Status Quo interessierten Organisationen kurzzeitig Millionen leichtgläubiger Menschen gegen die AfD auf die Straße.

Waffengattung „Kirchen als Kanonen“

Christen, die bemerkt hatten, dass nach dem Verblässen des „C“ der Unionsparteien nur noch die AfD für christlich Werte wie Familie und Lebensschutz eintritt, sollten von Autoritäten wie der deutschen Bischofskonferenz oder durch Kündigungsdrohungen der Diakonie als Deutschlands größtem Arbeitgeber eingeschüchtert werden.

Waffengattung „Geheimdienstlügen“

In zwei „Aktuellen Stunden“ im Deutschen Bundestag überschlugen sich im April die um ihre Pfründe sorgenden Altparteien in Hass und Häme gegen die AfD: Unsere EU-Spitzenkandidaten waren unter Beschuss durch Munition aus „Geheimdienstquellen“ geraten. Dass diese „Quellen“ oft ein Synonym für „interessengesteuerte Lügen“ sind, könnte man seit den „Massenvernichtungswaffen im Irak“ wissen. Nein, unser Petr Bystron wurde laut dem tschechischen Geheimdienstsprecher nicht einmal ERWÄHNT und Dr. Krahs Mitarbeiter wurde vom „VERFASSUNGSSCHUTZ“ selbst platziert, um die Bombe planvoll kurz vor der Wahl zu zünden. Welche Waffengattung wird als nächstes gegen die AfD in Stellung gebracht, damit unser Deutschland ja keine Regierung bekommt, die ENDLICH für Souveränität, Frieden, Freiheit und Wohlstand einsteht?

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Petitionsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und GSVP
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 /Dr.Rainer.Rothfuss

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📍 t.me/rainerrothfuss

📺 /@DrRainerRothfuß

🐦 /DrRothfuss



**Politik für Deutschland
Bayerische Landesgruppe der AfD im Bundestag**